

Jetzt die GRÜNEN als führende Kraft der Linken Mitte positionieren

Ein Diskussionspapier anlässlich des Länderrats der GRÜNEN am 9. April 2016

von Mathias Wagner, Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN im Hessischen Landtag

Die Ergebnisse der zurückliegenden Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg sind für uns GRÜNE eine Herausforderung, ein Auftrag und vor allem aber eine große Chance.

Sie sind eine Herausforderung, weil uns die 5,3% aus Rheinland-Pfalz in einem westdeutschen Land natürlich nicht zufrieden stellen können. Dabei geht es nicht um Ratschläge im Nachhinein, was wer wann hätte besser machen sollen. Es geht um eine gemeinsame Analyse und Lehre, wie wir GRÜNE in einem in der Schlussphase fast ausschließlich auf die Frage, wer stellt die Ministerpräsidentin, zugespitzten Wahlkampf trotzdem punkten können. Wie schwer das ist, haben wir beispielsweise auch im hessischen Landtagswahlkampf 2008 erfahren. Damals gab es die Zuspitzung zwischen Roland Koch und Andrea Ypsilanti.

Die Wahlergebnisse sind auch deshalb eine Herausforderung, weil wir – wie Sachsen-Anhalt gezeigt hat - in den neuen Ländern weiter hart darum kämpfen müssen, in allen Landtagen vertreten zu sein. Dass dies den grünen Kolleginnen und Kollegen dort trotz einer sehr schwierigen Ausgangslage gelungen ist und sie jetzt sogar Koalitionsverhandlungen führen ist eine großartige Leistung.

Auftrag und Ziel: AfD wieder unter 5%

Ein Auftrag für uns GRÜNE ist das starke Abschneiden der AfD bei allen drei Landtagswahlen und zuvor auch bei den Kommunalwahlen in Hessen. Wir werden der AfD, ihren rechten und rechtsradikalen Positionen überall strikt entgegentreten. Es geht um nicht weniger, als die Errungenschaften einer offenen, emanzipatorischen, gleichberechtigten und auf individuelle Freiheit setzenden Gesellschaft gegen den Rechtsruck in unserem Land zu verteidigen. Die Studentenbewegung von 1968, die neuen sozialen Bewegungen und seit unserer Gründung auch wir GRÜNE haben nicht Jahrzehnte gegen den Muff der Nachkriegsjahre gekämpft, um uns von der AfD in die 50er-Jahre des letzten Jahrhundert zurück beamten zu lassen. Es ist ja geradezu grotesk, dass ausgerechnet die AfD vor dem Frauenbild einiger Zuwanderer warnt, gleichzeitig aber selbst die Rolle der Frau wieder auf Kinder, Küche, Kirche reduzieren will. Die AfD mit ihrer inhumanen Flüchtlingspolitik, ihrem reaktionären Gedankengut und allen ihren politischen Widersprüchen zu stellen, ist ein Auftrag für die GRÜNEN in den nächsten Jahren. Dabei sollten wir uns große Ziele setzen. Statt sich damit abzufinden, dass die AfD auch dem nächsten Bundestag angehören wird, sollten wir alles daran setzen, dass sie die Fünf-Prozent-Hürde wieder von unten sieht.

Daueropposition ist keine Lösung – GRÜNE wollen das Land gestalten

Jürgen Trittin hat Recht, wenn er beschreibt, dass es bei den letzten Wahlen Mehrheiten rechts der Mitte gegeben hat. Auf Widerspruch sollte hingegen stoßen, dass er daraus auch für die Zukunft folgert, rot-grün, rot-grün-rot oder schwarz-grün sei unwahrscheinlich und die große Koalition im Bund der neue Dauerzustand (<http://www.presseportal.de/pm/117630/3288232>). Die sich daraus logisch ergebende Daueroppositionsrolle kann zum einen kein Ziel für GRÜNE Politik sein. Zum anderen: seit wann sind wir GRÜNE eine Partei, die sich mit dem status quo abfindet statt für gesellschaftliche Veränderungen zu streiten? Gerade wir GRÜNE sollten den Kampf um Mehrheiten

für eine progressive, emanzipatorische Politik der Linken Mitte nicht resignativ, sondern selbstbewusst führen. Bis zur nächsten Bundestagswahl sind es noch 1 ½ Jahre hin. Das ist wie ein Blick auf die vergangenen 1 ½ Jahre zeigt, eine politische Ewigkeit. Zur Erinnerung: damals, Ende Oktober 2014, ermittelte Infratest Dimap folgende Umfragewerte: CDU 40%, SPD 26%, GRÜNE 10%, FDP 2%, LINKE 9%, AfD 7%. Völlig quer wird aus meiner Sicht die Argumentation Jürgen Trittins, wenn er aus seinen Thesen auch noch eine Warnung an die CDU ableitet, mit uns GRÜNEN zu koalieren, weil dies die AfD stärke. Erstens sollten wir GRÜNE so viel Selbstbewusstsein haben, dass wir eine Koalition mit uns als Gewinn und nicht als Gefahr für andere Parteien ansehen. Zweitens brauchen wir GRÜNE uns nun wirklich nicht den Kopf der CDU zerbrechen – bei der SPD haben wir dies ja auch schon lange aufgegeben. Und Drittens darf nicht die AfD bestimmen, wer mit wem koaliert. Vielmehr muss es um gesellschaftliche und politische Mehrheiten für eine Politik der Linken Mitte gehen – gerne mit der SPD, aber auch mit der CDU wie es Toni Hofreiter in einem Spiegel-Interview beschrieben hat (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruenen-fraktionschef-anton-hofreiter-offen-fuer-schwarz-gruen-2017-a-1082455.html>).

Das neue politische Spektrum: Drei Protestparteien und drei Gestaltungsparteien

Faktisch ist spätestens mit den Landtagswahlen das Parteienspektrum in zwei Teile zerfallen: Auf der einen Seite stehen Parteien, die sich in unterschiedlichen Ausprägungen und von unterschiedlichen politischen Standpunkten aus mehr oder minder offen als Protestparteien verstehen. LINKEN, FDP und AfD reicht es, mit der derzeitigen Politik unzufriedene Wählerinnen und Wähler anzusprechen und so ihre Wahlergebnisse zu optimieren. Ein in sich geschlossener, realistischer Politikansatz, der Antworten auf die Fragen unserer Zeit gibt, ist bei keiner der drei Parteien erkennbar. Er ist noch nicht einmal verbal das Ziel. So erklärt die LINKE regelmäßig, sie wolle im Bund gar nicht in Regierungsverantwortung eintreten. Für die FDP gibt deren Generalsekretärin Nicola Beer zu Protokoll, die FDP verstehe sich als „positive Protestpartei“. Und für die AfD formuliert, der stellvertretende Bundesvorsitzende Gauland, dass Krisen ein „Geschenk“ für seine Partei seien. Es kommt nicht darauf an, Krisen zu bewältigen, sondern es geht darum, parteipolitischen Nutzen daraus zu ziehen.

Auf der anderen Seite stehen Parteien, die sich - wiederum von unterschiedlichen politischen Standpunkten aus – als Gestaltungsparteien verstehen. CDU, SPD und wir GRÜNEN haben den Anspruch, Lösungsvorschläge für aktuelle Herausforderungen zu formulieren. Diesen drei Parteien (die CSU ist bewusst nicht aufgeführt) genügt es nicht, auf komplexe Probleme mit einfachen Parolen zu reagieren. Sie machen sich die Mühe, den Wählerinnen und Wählern tatsächlich Lösungen anzubieten – mit all den Schwierigkeiten und manchmal Unzulänglichkeiten, die das in einer komplexen Welt hat und haben muss. Sie setzen darauf, die Gesellschaft zusammenzuhalten statt sie zu Gunsten der eigenen Stimmenmaximierung zu spalten. In diesem Wettbewerb der Gestaltungsparteien haben wir GRÜNE alle Chancen, erfolgreich um Mehrheiten und um Koalitionen für eine Politik der Linken Mitte zu kämpfen.

Hierin liegt auch die große Chance der Ergebnisse der letzten Landtagswahlen. In Baden-Württemberg haben wir zum zweiten Mal in Folge gezeigt, dass unsere Politik mehrheitsfähig ist. Mehr noch, wir haben gezeigt, dass wir GRÜNE die führende Kraft in einer Koalition sein können. Statt den sensationellen Erfolg von Winfried Kretschmann und den Baden-Württemberger GRÜNEN im üblichen GRÜNEN Flügel-Hick-Hack zu zerreden und zu zermahlen, sollten wir den Schwung aus dem Ländle mitnehmen. Erstmals seit langem steigen auch bundesweit die Umfragen der GRÜNEN

wieder. Vielleicht haben wir nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima ein zweites Mal die Chance, dass sich weit mehr Bürgerinnen und Bürger als üblich dafür interessieren, was wir GRÜNE zu sagen haben, für welche Konzepte und Ideen wir stehen. Diese Chance sollten wir nutzen.

Eine 30%-Partei braucht einen anderen Sound als eine 8%-Partei

So sehr ich die Analyse unseres politischen Geschäftsführers, Michael Kellner, zum Ausgang der Landtagswahlen (<http://www.tagesspiegel.de/politik/gruenen-geschaeftsfuehrer-kellner-in-der-bundespolitik-wieder-mehr-klare-kante-zeigen/13333036.html?r=7771520>) in vielen Punkte teile, so kritisch sehe ich folgende Passage: „Wir haben das Interesse der Bundespartei zugunsten eines erfolgreichen Wahlkampfes in Baden-Württemberg zurückgestellt. So konnten wir in Baden-Württemberg das historische Ergebnis erreichen. Der Preis dafür war ein Verzicht auf Profilbildung durch die Bundespartei, was zu geringerer Sichtbarkeit und dem Vorwurf der Beliebigkeit geführt hat. Dies hat auch den Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern in Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und in Hessen die Arbeit erschwert. Diese Strategie der starken Rücksicht auf Baden-Württemberg fortzusetzen, würde starke grüne Ergebnisse bei den nächsten Landtagswahlen, darunter die als kleine Bundestagswahl bezeichnete Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2017, und der nächsten Bundestagswahl gefährden“. Diese Argumentation ist aus meiner Sicht in sich widersprüchlich. Wenn die Baden-Württemberger Strategie von Maß und (Linker) Mitte im Inhalt und im Ton die GRÜNEN mit über 30 Prozent zur stärksten Fraktion macht, warum sollte man diese Strategie dann wieder ändern? Glaubt man durch eine andere Strategie noch mehr Prozente erreichen zu können? Müsste man nicht viel eher das Erfolgsgeheimnis von Winfried Kretschmann kapieren statt wieder in die alten Verhaltensweisen einer 8%-Partei zurückzufallen? Im Übrigen: Was soll es bedeuten, die Bundespartei habe ihre Interessen zurückgestellt? Hatten wir nicht alle gemeinsam das Interesse, dass der bislang einzige GRÜNE Ministerpräsident wiedergewählt wird und unsere grüne Politik in Baden-Württemberg fortgesetzt werden kann? Wir in Hessen waren bei unserer Kommunalwahl jedenfalls dankbar keinen Gegenwind aus Berlin zu haben. Aus all diesen Gründen bin ich bei der Frage des politischen Stils und der Präsentation grüner Inhalte näher an Winfried Kretschmann und der Analyse unserer zweiten Hamburger Bürgermeisterin Katharina Fegebank (siehe <https://causa.tagesspiegel.de/mehr-kretschmann-wagen-mehr-liberalitaet-wagen.html>).

Die GRÜNEN als Verteidiger der modernen, offenen Gesellschaft und Gestalter der Herausforderungen von heute und morgen

Wir GRÜNE haben auch im Bund das Potenzial zu deutlich zweistelligen Ergebnissen – auch wenn es auf absehbare Zeit sicher nicht gleich über 30% wie in Baden-Württemberg werden. Denn wir sind nicht nur die politische Kraft, die die Errungenschaften unserer offenen, emanzipatorischen, gleichberechtigten und auf individuelle Freiheit setzenden Gesellschaft gegen die AfD verteidigt. Wir sind auch die politische Kraft, die Antworten auf die entscheidenden Fragen unserer Zeit gibt: Was aus der Energiewende ohne uns wird, sieht man gerade an der Kohlepolitik der großen Koalition in Berlin unter Federführung des SPD-Wirtschaftsministers Sigmar Gabriel. Nur wir setzen die Agrar- und Verkehrswende auf die politische Tagesordnung und bringen sie dort, wo wir in den Ländern bereits regieren, auch tatsächlich auf den Weg. Durch uns gibt es in den Ländern ambitionierte Pläne zur Integration von Flüchtlingen. Oder glaubt jemand, dass beispielsweise in Hessen ohne die GRÜNEN allein im Haushaltsjahr 2016 1,3 Milliarden Euro für einen Aktionsplan zu diesem Thema zur Verfügung stünden? In all diesen Themen können wir die Meinungsführerschaft oder zumindest sehr

hohe Kompetenzzuschreibungen erreichen. Auch beim Thema soziale Gerechtigkeit müssen wir - auch das zeigt Baden-Württemberg und unsere Arbeit in den anderen Landesregierungen – die Auseinandersetzung mit anderen Parteien nicht scheuen. Die Rolle der GRÜNEN in der Sozialpolitik darf sich jedoch nicht im Wettbewerb entlang der Frage „Darf’s noch ein bisschen Mehr sein“ erschöpfen. Dieses Rennen ist gegen die LINKS-Partei nicht zu gewinnen. Aufgabe der GRÜNEN ist es, die notwendigen sozialen Veränderungen mit dem Machbaren zu verbinden. Die LINKS-Partei hat die sozialen Probleme unseres Landes nur unterschiedlich interpretiert, Aufgabe von uns GRÜNEN ist es, sie zu lösen.

Die GRÜNEN als lagerüberspannender Koalitionspartner

In noch einer Hinsicht sind die Landtagswahlen eine Chance für uns GRÜNE. So die Koalitionsverhandlungen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt erfolgreich sind, regieren wir demnächst in zehn Bundesländern. Wir tun dies in völlig unterschiedlichen politischen Konstellationen: vier Mal rot-grün und je einmal rot-rot-grün, schwarz-grün, grün-schwarz, schwarz-rot-grün, Ampel und Dänen-Ampel. Wir können in dieser Vielfalt stärker denn je beweisen, dass wir eine eigenständige, lagerüberspannende Partei sind. Für uns zählt die Verwirklichung unserer Inhalte und nicht irgendeine Koalitions-Farbenspielerei. Das schließt natürlich nicht aus, dass man vor Wahlen eine Koalitionspräferenz äußert, aber klar ist: Wer grün wählt, bekommt auch immer GRÜNE Politik – unabhängig davon, welche Koalition das Wahlergebnis erforderlich macht. Schon in den bisherigen Landesregierungen zeigen wir, dass eine Stimme für die GRÜNEN immer eine Stimme für mehr Ökologie, Gerechtigkeit und individuelle Freiheit ist.

Der Anspruch, die inhaltlich führende Kraft der Linken Mitte zu sein, könnte mit Blick auf die Bundestagswahl ein Alleinstellungsmerkmal der GRÜNEN werden: Wer sicher gehen will, dass die Überlebensfragen der Menschheit beim Umweltschutz, der Art wie wir wirtschaften, uns fortbewegen und unsere Nahrungsmittel produzieren angegangen werden, der wählt am besten die GRÜNEN. Wer will, dass ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit tatsächlich bei den Menschen und nicht in der Sozialbürokratie ankommt, der ist bei den GRÜNEN richtig. Wer für eine offene, emanzipatorische, auf Vielfalt Gleichberechtigung und individuelle Freiheit setzende Politik ist, dessen Stimme ist bei den GRÜNEN gut aufgehoben. Und eine Koalition mit Beteiligung der GRÜNEN ist immer eine Koalition, in der rechts-populistische Tendenzen und das Gedankengut der AfD keine Chance haben. Eine solche Politik hat das Potenzial, ein deutlich zweitstelliges Ergebnis für die GRÜNEN bei der nächsten Bundestagswahl zu erzielen.